

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

110 (13.5.1931)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALPÄPSTLICHES BADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Belegblätter anlegen und Stützzeitung 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichtzahlung der Zahlungsziele, bei gerichtlicher Betreibung und bei Anrufen außer Kraft tritt. Erschließungs- und Geschäftsabend in Karlsruhe i. D. o. Schluß der Tages-Annahme 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wander, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungbr, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der

Abzugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ober-Zahlung 2,20 Mark o. Durch die Post 2,60 Mark o. Einzelheften 10 Pfennig o. Geschiedt und wöchentlich 11 Uhr o. Postfachkonto 2030 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. D., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfach-Konten: Durlach, Hauptstraße 9, D.-Baden, Jagdhausstraße 12; Rastatt, Reichenstraße 2; Offenburg, Hauptstraße 9

Nummer 110

Karlsruhe, Mittwoch, den 13. Mai 1931

51. Jahrgang

Rauchsäulen über Spanien

Eine schwere Feuerprobe

(Von unserem Madrider Korrespondenten.)

Madrid, 12. Mai. (Durch Telefon.) Der Umsturz in Spanien ist ohne Blutvergießen, ohne jede Gewalttat verlaufen. Die Revolution war ein Fest. Dem hat die Regierung Rechnung getragen, indem sie die Gegner des neuen Regimes mit großer Zurückhaltung behandelte. Die Reaktion sah darin Schwäche. Sie begann sich zu sammeln und ihre Propaganda zu organisieren. Führer im Kampf wurden die beiden Blätter „A B C“ und der „Mercurio“. Immer wider wurde ihr Ton, immer schlimmer wurde ihre durch keine Zensur gehemmten Verleumdungen, der provisorischen Regierung. Hinter ihnen stand ein Teil der spanischen Kirche, der sich um die hohen Prälaten schart, standen die Domkapitel. An ihrer Spitze Toledo, das besondere Fürstentum des Kardinals Primo von Spanien. Der niedere Klerus dachte anders. Er hat sich sehr bald fest rechts auf die Seite der Republik gestellt.

Diese Front der Reaktion künftige sich schon nach vier Wochen derart gekräftigt, daß sie am letzten Sonntag zum ersten großen Schlag ausfallen zu können glaubte. Nach einer Organisationsversammlung im geschlossenen Raum gingen ihre Anhänger auf die Straße vorüber die Republikaner. Schlagen auf sie ein, ließen schließlich aus den Fenstern des „A B C“ auf die demonstrierenden Bürger und Arbeiter schießen. Das erregte das Volk nicht. Die Wut brach aus. Auf der Alameda tobten schon am Mittag des Sonntag die Trümmer dreier Aristokraten-Autos.

Am Vormittag des Montag wurde gegen die Anordnung der Gewerkschaften die Arbeit verlassen. Die Menge stob auf die Straße, stob auf die Häuser. Mit einem Male brach der alte Haß gegen den Klerus der Komente, gegen all das Tote an Geist und Befehl wieder hervor.

Wie schon oftmals im Verlauf des letzten Jahrhunderts floh die Brandfackel in die Klöster. Jetzt brannte der Brandstift der Jesuiten, ihre große Lehranstalt am alten Boulevard von Madrid. Das Beispiel war nennenswert. Am Nachmittag standen an allen möglichen Ecken Rauchsäulen über der Hauptstadt. Gegen Abend wurde draußen in dem Borort St. Chamartin, der eigentlich nur eine Stadt von Klöstern ist, die Scheiterhaufen angezündet. Unter den Augen des Guardia civil, die viel zu schwach war, um ohne schwarzes Blutvergießen etwas auszurichten, stürmten Arbeiter, Bauern, und Arbeitslose auf ein kurz zuvor geräumtes Frauenloster und warfen alles, was sie an Einrichtungsgegenständen nur irgend herausschleppen konnten auf den Hof und die Straßen. Pulver, Strobfässer und Kücheneinrichtungen türmten sich von Heiligenfiguren

gekrönt. Die Flammen erröten sie. Immer mehr und immer mehr trachtete aus den Fenstern hernieder. Der ganze Hof wurde ein Flammenmeer.

Sechs Klöster sind in Madrid fast vollständig zerstört. Etwa ein Dutzend, die bereits ebenfalls brannten, konnten gerettet werden. Sie tragen Zeichen schwerster Zerstörung. Als der Abend nahte, war die Verübung des Belagerungszustandes durchgeführt, rüdten die Truppen aus. Maschinengewehre wurden von Maultieren durch die Straßen getragen. Die wichtigsten Punkte der Stadt erhielten starken Schutz von Infanterie und Kavallerie. Während der Nacht sogen Tanks aus. Das Volk hatte sich ausgelebt gegen seine alten, seine ewigen Feinde. Die Ruhe kehrte wieder. Am Morgen des Mittwoch wurde der Anweisung zur Arbeitsaufnahme überall Folge geleistet.

Im Auslande mag die zweite Revolution dieser letzten Tage viel schlimmer erscheinen, als es tatsächlich ist. Aber kein einziger Mensch, keine einzelne Kirche ist persönlich zu Schaden gekommen. Die Klöster wurden sorgfältig geräumt, die Feuer angefaßt wurde. Abgesehen davon hatte die Regierung schon nach dem ersten Aufbruch die Lage wieder fest in der Hand. Die Massen folgten ihr. Die Parole der Kommunisten, die nur einen winzigen Kränzel bildeten, verhallte ungehört. Die Regierung selbst steht völlig ungeteilt da. Sie wird zur Nationalversammlung wählen lassen, und die Nationalversammlung hat über die weitere Gestaltung der Kirchenpolitik zu entscheiden. Daran, daß die Trennung von Kirche und Staat befohlen wird, ist nicht mehr zu zweifeln.

Die Ereignisse der letzten Tage haben einen günstigen Effekt gehabt: Die Machenschaften der Reaktion, dieser Verbrüderung von Monarchisten, gemäßigten Katholiken und Kommunisten sind offenbar geworden. Damit ist dieser Reaktion ein sehr schwerer Schlag verleiht worden. Das republikanische Regime aber hat seine militärische Feuerprobe bestanden.

Madrid, 13. Mai. (Funkdienst.) Der Innenminister und die Polizeidirektion von Madrid haben Dienstag abend bekanntgegeben, daß eine genaue Untersuchung der Brandstiftungen eingeleitet sei und die Schuldigen bestraft würden.

Nach einer Versammlung aus Madrid wurden heute die Fortschrittsblätter der monarchistischen Vereinigung Cobian und Campo verhaftet, ebenso der Führer der Nationalisten-Partei, Dr. Albinana; die Minister der Diktatur Gato Fonto und Cornejo sind nach einem Verhör ins Gefängnis abgeführt worden. Der Generalstaatsanwalt erklärte, daß zwischen einem monarchistischen Plan zur Wiederherstellung des alten Regime und der Tätigkeit verschiedener in Paris lebender Aristokraten enge Beziehungen bestünden. Schon aus diesem Grunde werde er gegen „Alfonso de Bourbon“, der nicht mehr als König der Spanier gelten könne, eine Strafverfolgung einleiten.

Heute Präsidentenwahl in Frankreich

Wird Briand siegen?

Paris, 12. Mai. (Eig. Draht.) Die Annahme der Präsidentschaftskandidatur durch Briand wird in der Presse und in parlamentarischen Kreisen immer noch lebhaft erörtert.

Die den Linksparteien angehörenden Parlamentarier sind sehr optimistisch und versichern, daß Briand im ersten Wahlgang über 400 Stimmen, wenn nicht sogar die absolute Mehrheit von 440 bis 450 Stimmen erhalten wird, die für die Wahl erforderlich sind.

Die Anhänger Doumeres rechnen jedoch ebenfalls mit dem Sieg ihres Kandidaten, doch selbst die nationalpolitische Liberté versichert, daß die Aussichten Briands größer seien als die seines Gegenkandidaten, wenn nicht in letzter Minute noch irgend welche Mänder versucht würden.

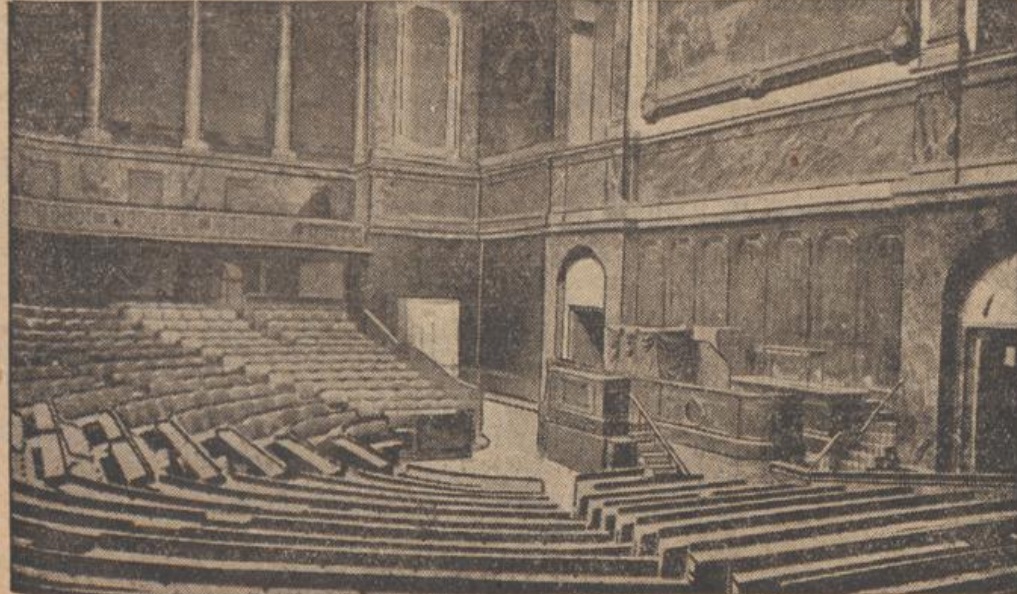
Der Temps und das Journal des Debats setzen auch am Dienstag ihren Kampf gegen Briand fort. Sie werfen Briand vor allem vor, daß er der Kandidat Leon Blums sei. Der Sozialistenführer hatte Mitte April in einer im Populaire erschienenen Kritik der Nizzaer Rede Doumergues erklärt, daß diese Rede eine Kundgebung für die Präsidentschaftswahl zu Gunsten Doumers und gegen Briand sei. Wenn nun Briand mit Unterstützung der Sozialisten gewählt werde,

so ist nach der Ansicht der beiden genannten Blätter eine weitere Stärkung der sozialistischen und internationalen Politik zu erwarten.

Der Hergang der Wahl

Paris, 12. Mai. Die Nationalversammlung, die Mittwoch zur Wahl des neuen Präsidenten der Republik in Versailles zusammentritt, wird im Kongreßsaal stattfinden. Der Kongreß tritt 14 Uhr zusammen. Die Sitzung wird vom Senatspräsidenten Paul Doumer um 14 Uhr eröffnet werden, der sie auch leiten wird. Der eigentliche Wahlakt dauert etwa zwei Stunden, und die Auszählung etwa 30 Minuten, so daß also das Ergebnis der Wahl gegen 17 Uhr verkündet werden wird. Ist ein zweiter Wahlgang notwendig, so kann man mit dessen Ergebnis kaum vor 20.30 Uhr rechnen, und bei einem eventuellen dritten Wahlgang nicht vor 0.30 Uhr, da anzunehmen ist, daß vor Beginn dieses Wahlgangs eine Diner-Pause eingelegt werde wird.

Sobald der neue Präsident der Republik proklamiert ist, werden ihm in einem besonderen Salon vom Vorsitzenden der Nationalversammlung, den Ministern der Regierung, den Senatoren, den Abgeordneten usw. Glückwünsche überbracht. Belehrt vom Ministerpräsidenten begibt sich der neue Präsident hierauf im Auto nach Paris zurück, um seinem Vorgänger, Doumerque, einen Besuch abzustatten, der beinahe offiziell bis zum 13. Juni im Amt bleibt.



Der Kongreß-Saal in Versailles

wobei am heutigen 13. Mai die Wahl des neuen Präsidenten der französischen Republik stattfindet.

„Rerum novarum“

Hat Papst Leo XIII. die soziale Frage gelöst? — Zum vierzigjährigen Jubiläum der Enzyklika

Von Heinrich Mertens (Köln)

Am 15. Mai 1891 wurde das bekannte Rundschreiben Papst Leos XIII. über die Arbeiterfrage, die „Enzyklika Rerum novarum“, veröffentlicht. Heute noch ist dieses Dokument das maßgebende kirchliche Sozialprogramm. Sein vierzigjähriges Jubiläum wird in Rom und der ganzen katholischen Welt mit großem Pomp gefeiert. Die katholischen Arbeiterorganisationen veranstalten Wallfahrten und Pilgerzüge an das Grab des „Arbeiterpapstes“; in zahllosen Artikeln und Reden wird die „Rerum novarum“ als die „wahre Lösung der sozialen Frage“ gepriesen.

Was bedeutet die päpstliche Kundgebung in Wirklichkeit? Man muß ihren aktuellen Anlaß, ihre Vorgeschichte und ihre gesellschaftspolitischen Hintergründe kennen, um sie richtig würdigen zu können.

Kurz nach dem Fall des Sozialistengesetzes, als das deutsche Bürgertum den Bankrott seiner antisozialistischen Gewaltpolitik begriffen hatte, wurde die Enzyklika vorbereitet. Das Bürgertum rüstete zum „geistigen Kampf“. Auf der ersten internationalen Arbeiterkonferenz vom März 1890 hatte es unter dem Protektorat Wilhelm II. einen Versuch zu staotlicher Sozialpolitik auf internationaler Basis unternommen. Leitendes Motiv war nach wie vor die Sicherung der bürgerlichen Herrschaft und die Bekämpfung des Sozialismus; nur die Methoden sollten verändert und wirksamer gestaltet werden.

In dieser Situation (zur „rechten Zeit“ sagt Diözesanpräses Eckard in seiner deutschen Ausgabe der Rerum novarum, München 1931) machten sich katholische Adels- und Theologenkreise an die Arbeit. Sie glaubten, daß allein die Kirche berufen und in der Lage sei, jenes „Unheil“ abzuwenden, das die bürgerliche Gesellschaft von der revolutionären Arbeiterbewegung her bedrohte. Es waren ehrenwerte Männer, die keineswegs eine ausgesprochen arbeiterfeindliche Gesinnung, eher sogar ein wohlgemeintes Mitleid mit den „unteren Volksschichten“ bezeugten. Aber sie waren so fest mit den sozialen Anschauungen der Vergangenheit verhaftet und so blind gegen die moderne Wirtschaftswelt mit ihren ganz neuartigen sozialen Verhältnissen, daß ihr guter Wille nur halb durchdrachte Vorschläge zur „Linderung“ der sozialen Not, aber keine Richtlinie zur wirklichen Lösung der Arbeiterfrage zuwege brachte.

Eine unter bischöflicher Leitung stehende soziale Studienrunde, die hauptsächlich die theoretischen Vorarbeiten für die Rerum novarum geleistet hat, setzte sich aus über 20 adeligen Feudalherren und etwa ebenso viel führenden Theologen aus dem Welt- und Ordensklerus zusammen. Wie konnten diese Männer von der kapitalistischen Wirtschaft und der Lebenslage des Proletariats eine Ahnung haben? Wie konnte ihr gemeinsames geistiges Erzeugnis etwas anderes sein als eine Mischung aus feudalen Vorurteilen und den aus mittelalterlichen Pergamentbänden abgeschrieben moraltheologischen Anschauungen?

Das leitende Prinzip der Rerum novarum ist: Erhaltung, „Konservierung“ der überkommenen Verhältnisse, darunter man in erster Linie die Reste feudaler Ordnung in der Agrarwirtschaft und die Reste ständisch-junkertlicher Verfassung im mittleren Bürgertum versteht. Das auf diese reaktionären Volksschichten zugeschnittene mittelalterliche Eigentumrecht darf seinen Preis angefaßt werden. Die bürgerliche Epoche wird zunächst etwas kritisch betrachtet wegen ihrer „Aufklärung“ und „Neuerungssucht“, aber zuguter Letzt doch toleriert, und die großkapitalistischen Bürger werden schließlich mit der gleichen Garantie ihres absoluten, unantastbaren „Privateigentums“ ausgestattet wie die feudalen Grundherren und die kleinbürgerlichen Handwerker. Die kapitalistischen Unternehmer werden in den Rang von „Betriebsherren“ erhoben und damit den Feudalherren an Würde und Rechtsgewalt gleichgestellt. Das feudale Verhältnis von „Herr“ und „Knecht“ wird einfach auf die kapitalistische Unternehmung übertragen; auch dort soll der Arbeiter dem Betriebsherrn untertan sein und treu seine Pflicht erfüllen.

Der wichtigste Zweck der päpstlichen Enzyklika wird deutlich in dem Kapitel, das über die Funktion des Staates bei der Lösung der sozialen Fragen handelt. Dort heißt es:

„Das erste ist, daß die Staatsgewalt durch gesetzliche Schutzmahregeln den Privatbesitz sicherstelle, und vor allem müssen die Maschinen, in denen schon eine so große Gier nach fremder Habe lebt, in Pflicht und Schranken gehalten werden. . . die Zahl derer ist nicht klein, die im Banne falscher Ideen und aus Neuerungssucht mit allen Mitteln Unruhe stiften und die Mitarbeiter zur Gewalttätigkeit aufwiegeln. Hier muß die Staatsgewalt dazwischen treten, den Hechern Einhalt gebieten, von den rechtmäßigen Eigentümern die Verführungsstücke und von den rechtmäßigen Eigentümern die Gefahr der Vererbung fernhalten.“

Einige Abschnitte der Enzyklika handeln über sozialpolitische Maßnahmen des Staates. Für die Regelung der Arbeitszeit empfiehlt der Papst, daß sie „nicht länger dauern darf, als die Kräfte der Arbeiter es zulassen“, und daß den Arbeitern „so viel Ruhe zu gönnen sei, als sie zur Wiederherstellung ihrer bei der Arbeit verbrauchten Kräfte bedürfen“; denn — so meint der Papst — „die Ar-

beitsunterbrechung soll ja gerade die abgenutzten Kräfte wieder erfrischen. Die Höhe des Lohnes aber soll „gerecht“ sein, das heißt nach Leo XIII.: der Lohn darf nicht so niedrig sein, daß er einem genügsamen und rechtshaffenen Arbeiter den Lebensunterhalt nicht abwerfen. Also: Arbeitsruhe genau so lange, daß man wieder arbeiten kann, Lohn genau so viel, daß man „genügsam“ leben kann!

Überall, wo es um eine wirkliche Lösung der Arbeiterfrage geht, verlagert die Rerum novarum. Eindeutig und energig ist sie jedoch in der Ablehnung des Sozialismus. Höchst sonderbar ist ihre „Widerlegung“. So weist sie nach, daß das Privateigentum auch dem Proletariat zugute kommt, und daß eine Sozialisierung für diese sehr schädlich wäre; denn — so lautet die kühne Begründung — durch Aufhebung des Privateigentums nehmen die Sozialisten den Proletariaten das Recht, über ihren Lohn frei zu verfügen und „rauben ihnen so die Aussicht und die Möglichkeit, ihr Vermögen zu vergrößern und ihre Lebenshaltung zu verbessern“. Daß die Sozialisten nur die Produktionsmittel und unter diesen sogar nur die kapitalistischen Produktionsmittel vergrößern wollen, ist dem Papst offenbar entgangen.

Überhaupt ist die Ignoranz des wissenschaftlichen Sozialismus und die bare Unkenntnis der wirklichen sozialen und wirtschaftlichen Tatbestände im Kapitalismus geradezu erschreckend. Man muß es für ausgeschlossen halten, daß Papst Leo XIII. jemals eine sozialistische Schrift gelesen hat; denn seine „Widerlegung“ entbehrt der einfachsten Kenntnis der grundlegenden sozialistischen Lehren.

Kürzlich wurde in der katholischen Presse ein Vergleich der Rerum novarum mit dem kommunistischen Manifest mit Empörung zurückgewiesen. Man kann sich diesem Urteil getrotzt anschließen. Hätten sich Papst Leo XIII. und seine Berater das kommunistische Manifest auch nur flüchtig angesehen, so wären sie vielleicht vor einer so ungründlichen Behauptung und „Lösung“ der sozialen Frage bewahrt geblieben.

Naziflegereien — Bittgang zum Papst

München, 12. Mai. (Via Draht.) Die Ständekrone des Münchener Stadtparlaments, die inzwischen durch die Rabauken der Nazis zu einem erheblichen Umfang angewachsen ist, wurde am Dienstag durch einen neuen Fall bereichert. Im Anschluß an die Hauskalkulationen hatten die Katenfreier einen Antrag auf Neuwahlen des Stadtrates gestellt. Bei der Begründung dieses Antrags beschimpfte der berüchtigte Nationalsozialist Effer die übrigen Parteien, wobei ihn sein Kollege Amann, Geschäftsführer des nationalsozialistischen Parteiverlags, eifrig unterstützte. Als der Vorschlag immer größer wurde und schließlich überaus feierlich vorgetragen wurde, forderten die Nazis die Tribünenbesucher auf, bei dem Ständal mitzumachen. Dadurch wurde jede ordentliche Fortführung der Sitzung unmöglich. Der Vorsitzende ordnete daraufhin die Räumung der Tribüne an, und berief den Auktionsrat zusammen, während die Abgeordneten das Rathaus verließen. Es war in München das erste Mal, daß eine Stadtverordnetenversammlung sich ohne formellen Beschluß auflöste.

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Göring wollte dieser Tage im Auftrag Hitlers in Rom, wo er beim Papst um einen Empfang nachsuchte, der auch gewährt wurde. Göring soll nach den uns zueingelangten Informationen dem Papst gelobt haben, daß die nationalsozialistische Partei künftig die katholische Kirche nicht mehr anreizen und auch versuchen werde, sich mit dem Zentrum auf guten Fuß zu stellen.

Ist das Auswärtige Amt, das beim Vatikan eine Vertretung unterhält, über das Ergebnis Görings und seinen Zweck unterrichtet? Ist es ferner richtig, daß die Einführung Görings durch Vermittlung der deutschen Vertretung beim Vatikan nach Rückfrage beim Auswärtigen Amt in Berlin erfolgte?

Aus innerpolitischen Gründen scheint uns eine schnelle und klare Beantwortung vorliegender Fragen dringend erforderlich.

Ein seltsames Attentat

Der Attentäter auf Professor Günther ein Ausländer

Wien, 12. Mai. Der Täter, der am Samstag den Mordanschlag auf Universitätsprofessor Günther verübte, wurde gestern Nachmittag von der Polizei festgenommen. Er hat ein Geständnis abgelegt und wird auch zweifellos von Personen wieder erkannt, die er am Freitag um Auskunft nach der Wohnung des Professors Günther ersucht hatte. Es handelt sich um einen am Tage zuvor in Wien zugekehrten Ausländer, dem am Tage der Tat noch zwei Tage von der Vollendung des 18. Lebensjahres fehlten.

Unser Jenaer Parteigänger, Das Volk, schreibt zu dem Vorfall: „Die gesamte Öffentlichkeit wird mit uns diesen „Anschlag“ auf das schärfste verurteilen. Alle vernünftigen Erwägungen sprechen gegen politische Hintergründe der Tat. Im übrigen kann es sich um die Tat eines völlig unreifen oder gar geistkranken Menschen handeln, die nicht nur unentschuldig, sondern auch unberechenbar ist. Was hätte erreicht werden können? Kommt auf diese Weise die Rasse theorie Prof. Günthers etwa getroffen werden? Das Gegenteil ist der Fall. Professor Günther, der sich wissenschaftlich und politisch doch so völlig in den Hintergrund gestellt hat, ist lediglich gewaltsam an die Öffentlichkeit gezerzt worden. Daran haben aber gerade seine ersten Gegner ein geringeres Interesse als seine politischen Freunde. Auch in Thüringen spricht man von Günther nur noch bei den Etatberatungen. Auffällig ist außerdem, daß die Tat gerade an dem Tage geschah, an dem ein Bezirksfest der SA in Jena stattfand, zu dem Hunderte von auswärtigen SA-Leuten gekommen waren.“

Der Neuen Badischen Landeszeitung wird dazu aus Jena noch berichtet: Das Attentat auf den nationalsozialistischen Universitätsprofessor Dr. Günther in Jena ist jetzt aufgeklärt. Der Täter ist der 18jährige Oberösterreicher Karl Daubauer, von Beruf Schriftsetzer, ohne Beschäftigung und deshalb von großem Geh gegen das herrschende System befallen. Um sich an einem der markantesten und geistigen Führer dieses Systems zu rächen, überfiel er Dr. Günther. Der Täter macht auf die vernehmenden Beamten einen sehr verwirrten Eindruck. U. a. sagte er, er habe gehört, Professor Günther lehre, daß der Mensch vom Affen abstamme, und darüber habe er sich so geärgert, daß er Günther niederschleichen wollte.

Ein „königlicher Freund“

Kopenhagen, 10. Mai. (SK.) Der König und Busenfreund des Erzen Herzogin von Bulgarien, Gustav Adolf, Herzog von Strömland, wurde am Montag wegen eines Sittlichkeitsverbrechens zu 8 Monaten Strafbewehr verurteilt. Der königliche Freund hatte sich an mehreren Knaben vergangen.

Landtagswahlen in Oldenburg

G. Sch. Am kommenden Sonntag finden im Freistaat Oldenburg Landtagswahlen statt. Angesichts der allgemeinen innerpolitischen wie auch der wirtschaftlichen Situation darf man ihnen außerordentliche politische Bedeutung zumessen. Der Wahlkampf wird deshalb von allen in Frage kommenden Parteien auch in höchster Intensität geführt; in den letzten beiden Wochen dürften etwa hundert Reichstagsabgeordnete aller Parteien in den Wahlkampf eingegriffen haben. Auch der Reichstagsrat trat am vergangenen Sonntag in einer großen Wahlerversammlung auf. Wahrscheinlich ist noch niemals ein kleines Land während eines Wahlkampfes derart intensiv bearbeitet worden, wie gegenwärtig das und eine halbe Million Einwohner zählende Oldenburg. Innerhalb der deutschen Bundesstaaten stellt Oldenburg einen besonderen staatlichen Unfuss dar: es zerfällt in drei Landesteile; in das eigentliche Land Oldenburg, in den Landesteil Nildes und in den Landesteil Birkenfeld, der im Nebetal, also im Rheinland gelegen ist. Jeder Landesteil hat eigene Finanzgebühren, aber zusammen haben sie nur eine gemeinsame Verwaltung — den Landtag.

Oldenburg ist typisches Bauernland mit 69 154 landwirtschaftlichen Betrieben, die zusammen 546 841 Hektar Land bearbeiten. Landwirtschaftliche Großbetriebe gibt es nur 76 mit insgesamt 18 120 Hektar Fläche. Die Industrie ist im Wesentlichen nur in den Städten Klüfingen und Delmenhorst vertreten, im Landesteil Birkenfeld ist die Schmelzindustrie vorwiegend. Die Landwirtschaft ist vorwiegend auf die Viehzucht (Weidewirtschaft) aufgebaut. Durch welchen Teil des eigentlichen Oldenburg man auch gegenwärtig fahren mag, überall wehendes Vieh auf abgegrenzten Weidestücken. Weder in Oststein noch in einem anderen deutschen Gebiet tritt die Weidewirtschaft so sinn- und augenfällig in Erscheinung als wie in Oldenburg.

Die allgemeine Wirtschaft, wie die Marktsituation wirken sich auch in Oldenburg in voller Wucht aus. Der landwirtschaftliche Produzent erhält Preise, die keineswegs lobend sind, weshalb die landwirtschaftliche Bevölkerung in starker politischer Wut begriffen ist. Die Stadt Klüfingen, räumlich mit dem staatlich zu Preußen gehörenden Kriegshafen Wilhelmshafen verbunden, leidet, wie die gesamte Umgebung, unter dem enormen Rückgang der Wilhelmshavener Werte, auf der einst viele tausende Beschäftigte standen; Delmenhorst hat gleichfalls einen Rückgang seiner früher einmal blühenden Industrie zu verzeichnen. Die wirtschaftliche Not ist auch in Oldenburg, mit seiner sonst ruhig denkenden Bevölkerung, ein Nährboden für den Rechts- und für den Linksradikalismus geworden.

Sowohl die Rechts- wie die Linksradikalen setzen auf die am nächsten Sonntag stattfindenden Wahlen die allgerühmten Hoffnungen. Die Nazis hoffen, die bürgerlichen Parteien, abgesehen von dem im Süden des Landes dominierenden Zentrum, zu desimieren, die Nazis erwarten ungewöhnlich starken Zuwachs in den Städten. Die Stärkeverhältnisse der Parteien bei den letzten Wahlen (Mai 1928 Landtagswahlen, September 1930 Reichstagswahlen) sind die folgenden:

Die jetzige Zusammensetzung des Landtags ist:

Sozialdemokraten	15 Mandate	66 643 Stimmen
Kommunisten	1 Mandat	8 380 Stimmen
Wirtschaftspartei	2 Mandate	11 747 Stimmen
Nationalsozialisten	4 Mandate	17 444 Stimmen
Demokraten	5 Mandate	24 746 Stimmen
Landesblock (3 Deutsch., 5 Deutsche Volkspartei)	8 Mandate	41 213 Stimmen
Bürgerlicher Block	1 Mandat	4 894 Stimmen
Landvolkspartei	3 Mandate	14 646 Stimmen
Zentrum	9 Mandate	39 870 Stimmen

Nach dem Ergebnis der Reichstagswahl würde sich folgendes Bild ergeben:

Sozialdemokraten	12 Mandate	60 068 Stimmen
Kommunisten	2 Mandate	17 572 Stimmen
Wirtschaftspartei	2 Mandate	12 258 Stimmen
Nationalsozialisten	15 Mandate	69 814 Stimmen
Staatspartei	2 Mandate	15 734 Stimmen
Deutsche Volkspartei	2 Mandate	17 084 Stimmen
Deutschnationale Volkspartei	2 Mandate	16 066 Stimmen
Landvolkspartei	2 Mandate	16 488 Stimmen
Zentrum	8 Mandate	51 876 Stimmen
Konjervative Volkspartei u. Deutsch-Bannoveraner	1 Mandat	7 198 Stimmen

Wie der Führer der Deutschen Volkspartei in Oldenburg, Abg. Sartung, mitteilte, wegen sich die Nazis in solch großen Hoffnungen, daß sie glauben, den in Thüringen gesitzten Dr. Fried als oldenburgischen Ministerpräsidenten nach der Wahl begrüßen zu können; die Nazis prognostizieren, der Sozialdemokratie 3 bis 4 Mandate abzunehmen. In Anbetracht der aufs höchste gesteigerten Wahlagitatorik ist mit einer ungemein starken Wahlteilnahme zu rechnen. Der Wahlausfall ist auch von den besten Kennern der Bevölkerung und des Landes nicht annähernd voraussagen; die wirtschaftliche Not und die noch nie erlebte Wahlagitatorik machen alle Vorausrechnungen zu schanden.

Sch hatte in Wilhelmshaven-Klüfingen, in Delmenhorst, in dem Bootsbauort Sfortens und auf einer für Landwirte bestimmten Kundgebung in Verne zu sprechen. Die im größten Saale der beiden Landstädte abgehaltene Versammlung hatte einen allmählichen Verlauf und die Teilnehmer aufzuweisen. Am Abend vorher sprach für die Nazis im gleichen Saale Prinz Awaich. Auch in Sfortens war die Versammlung sehr gut besucht, ebenso die Kundgebung in Verne. Es war für mich überraschend, daß in diesem rein agrarischen Bezirk die sozialdemokratisch gesinnten Landwirte vor der Kundgebung in städtischem Zuge, mit roten und schwarz-rot-goldenen Fahnen, durch die Ortshäuser marschierten. Die Ruhe und Aufmerksamkeit in allen Versammlungen darf als musterhaft angesehen werden.

Die deutsche Delegation in Genf

Genf, 11. Mai. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, reist die deutsche Delegation für Genf am Mittwoch, 13. Mai, um 4.20 Uhr vom Anhalter Bahnhof in Berlin ab.

Inkrafttreten des Milchgesetzes

Der Reichsrat beschloß sich mit der Verordnung über das Inkrafttreten des Milchgesetzes und einer ersten Verordnung zur Ausführung des Milchgesetzes.

Die Ausschüsse haben vorgeschlagen, das Milchgesetz mit Ausnahme des § 38 am 1. Januar 1932 in Kraft zu setzen, da die erforderlichen Ausführungsbestimmungen der Länder noch längere Zeit in Anspruch nehmen, aber gleichzeitig mit dem Milchgesetz in Kraft treten müssen. Nach § 38 sind die obersten Landesbehörden ermächtigt, Erzeugerbetriebe und Milch verarbeitende Betriebe zu

Zu einem agitatorischen und organisatorischen Großkampf gestaltete sich der vergangene Samstag in Delmenhorst: die Partei und die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Verbände hatten zu einem Demonstrationsszug und anschließender Kundgebung auf dem mächtigen Platz vor dem Rathaus aufgerufen, bei der ich sprach; die Nazis hatten sich von Bremen ein Referenzblatt kommen lassen, das auf dem Schützenplatz aufgestellt war, in dem zur gleichen Zeit, wie ich auf dem Rathausplatz, Hitler sprach, für 3, 2 und 1 Markt Eintritt. Die Propaganda für diese beiden Veranstaltungen wirkte sich auf die Umgebung aus. Delmenhorst bot am Samstag abend das Bild eines wirklichen politischen Kriegslagers. Autos und Kraftwagen rasten durch die Straßen, ganze Schwadronen von Radfahrern der verschiedensten Parteien waren zu sehen; starke Reichsbanner- und Hitlerkolonnen in voller Uniform, Sportler und Arbeiterjugend. Die Hitler hatten aus der nahen Umgebung alles herangezogen, was ihnen folgte; aber auch des Reichsbanner war auf dem Damme — aus Bremen waren teils mit der Bahn, teils auf dem Fahrrad und auf Kraftwagen eine Anzahl Hundertschaften herbeigeleitet. Natürlich hatte auch die Polizei Alarmbereitschaft. Der Demonstrationsszug der Arbeiterpartei nahm einen prächtigen und imponierenden Verlauf. Die Kundgebung auf dem Rathausplatz hatte einen Massenbezug zu verzeichnen. Leider funktionierte der Lautsprecher nicht; in fünfzehn Minuten waren, infolge der besonderen Anstrengungen, meine Stimmglieder erschöpft. In geschlossenen Zügen und unter klingendem Spiel marschierten nach der Kundgebung die Organisationen wieder ab. Da Hüben und drüben strengste Weisung ausgegeben war, Zusammenstöße zu vermeiden, wäre nicht das geringste passiert, wenn nicht die Kommunisten in ihrer Wut über den Aufmarsch der Arbeiter an einigen Stellen Krakeel gemacht hätten, wofür sie von der Polizei die verdienten Söße bekamen. Aus dem Munde alter Genossen hörte ich immer wieder sagen: einen solchen Aufmarsch und eine politisch derart feierhafte Spannung hat Delmenhorst noch nie erlebt. Auf das Wahlergebnis darf man wirklich gespannt sein.

SPD. Oldenburg, 12. Mai. (Via Draht.) Der Kampf um das oldenburgische Parlament, der am Sonntag ausgetragen wird, hat bereits seinen Höhepunkt erreicht. Alle Parteien haben außergewöhnliche Anstrengungen gemacht, um am 17. Mai möglichst auf abzuweichen. Wie zuvor haben sich die Parteien so um die Gunst der Wählerkreise gerissen und nie zuvor wimmelte es in einem so kleinen Lande so von Trägern großer politischer Namen. In der Stadt Oldenburg machten die Kommunisten einen Werbebums, in dessen Wille zehn bisherige SA-Leute in braunen Uniformen mitzogen. Sie führten ein großes Transparent mit sich, auf dem zu lesen war, daß die Zehn aus der NSDAP ausgetreten wären und daß der Platz eines jeden anständigen SA-Mannes von jetzt ab in der kommunistischen Partei wäre. Ein Zeichen für die innere Verbundenheit von Nationalsozialisten und Kommunisten. Interessant sind die „Gegenstände“ zwischen Hitlerleuten und Zuhörern. Die Verkündung ist ebenfalls schon da. Nur haben die Parteien den Wählern gegenüber in einigen Fragen getrennte Wege eingeschlagen. Während nämlich die Nazis-Kanonen so tun, als müßte von außen her Ordnung in das oldenburgische Land gebracht werden, proklamiert der Führer der oldenburgischen Deutsch-nationalen in jeder Versammlung: Oldenburg den Oldenburgern! Zugenügt selbst und der alte Oldenburg-Banaukshau, die ebenfalls anwesend sind, kümmern sich freilich weniger um die engere Landespolitik.

Das Zentrum, für das an auswärtigen bekannten Rednern Reichstagsabgeordneter Brüning und der Reichstagsabgeordnete Erling tätig waren, hat im ministeriellistischen Süden des Landes keine Domäne, die es gern gegen den mehr protestantischen Norden auspielt. Es sucht sich mit allen Kräften gegen den Einbruch der Nazis in die katholischen Bezirke zu wehren.

Die Sozialdemokratie hat in allen Städten und größeren ländlichen Orten Versammlungen abgehalten und alles mit Flugblättern besetzt. Außer dem einheimischen Reichstagsabgeordneten Hüfnich und den Mitgliedern des bisherigen Landtags sind als Vermittlungsredner tätig die Reichstagsabgeordneten: Schöpfkin, Biffel, Severing, Fleischer, Korbmann, Taber, Frau Anjorge und Schnabrich. Weder ist die Aufforderung der hiesigen Parteiführer an die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten um Unterstützung in dem harten Kampf nur ungenügend Folge geleistet worden, während die nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten auf Veranlassung von Hitler fast reiflos Versammlungen abgehalten haben.

Die Deutsche Volkspartei hatte in den bisherigen Landtag mit den Deutschnationalen ein Fraktionsbündnis geschlossen und hat alles an reaktionärer Gelehrerei verübt wurde, tüchtig mitgemacht. Diese Taten können auch die auf dem Lande weilenden Prominenten wie Dinselbein und Brüninghaus nicht fortweisen. Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß schon vor Wochen einer ihrer bekanntesten Landtagsabgeordneten zu den Nazis übertrat.

Die Staatspartei er haben in oldenburgischen Landtag eine große Vergangenheit. Die oldenburgischen Bauernbezirke waren einmal eine Domäne des früheren Reichstags. Jahrzehntelange wurde hier der bekannte Abgeordnete Albert Träger in den Reichstag gewählt, immer mit einer guten Mehrheit. Ganz im Gegensatz zu den ostpreussischen Bauernbezirken, so damals auf der ganzen Linie der Junker Trumpf war. Das hat sich inzwischen geändert. Die Nazis sind in die Bauernbezirke eingedrungen. Um zu halten, was zu halten ist, hat die Wahlteilung der Staatspartei eine ganze Reihe bekannter Namen ins Land gezogen, so z. B. die Minister Dietrich und Höpfer-Vishoff, den früheren Minister Reinhold, ferner Lemmer, Heuß, Gertrud Bäumer u. a. Von der Wirtschaftspartei sind Dreyer und Sackenberg tätig.

Wie schließlich die Wahl ausfallen wird, ist schwer zu prognostizieren. Sicher scheint nur, daß der Traum der Nazis, mindestens die Hälfte aller Mandate zu erreichen, wie sie es verkünden, nicht in Erfüllung gehen wird.

Abfahregelung zusammenzufassen. Diese Ermächtigung soll schon am 15. Mai in Kraft treten. Alle schon bestehenden Milchhandelsbetriebe sollen neu konfessioniert werden; sie sollen nur vom Staat über einen bestimmten Umfangsgebiet betrieft sein, wenn sie den Betrieb schon seit Verkündung des Milchgesetzes am 8. August 1930 ausgeübt haben.

Eine Reihe von Uebergangsbestimmungen bringt Erleichterungen für die Uebergangszeit, sowohl für Milchhandelsbetriebe, wie für die Landwirte, die für Milchabgabe einer Konzession bedürfen. Alle diese Milchhändler und Landwirte sind bis zum 1. April 1932 weiter zugelassen; die Frist kann verlängert werden. Gemäß den Vorschlägen der Ausschüsse wurden beide Verordnungen vom Plenum des Reichsrates genehmigt.

München-Mugsburg elektrisch

Die Eisenbahnstrecke München-Mugsburg wird seit Montag früh im Güter- und Personenverkehr elektrisch befahren.

Freistaat Baden

Versammlungs- u. Demonstrationsverbote

Die von der Nationalsozialistischen Partei für Dienstag in Karlsruhe angekündigten Veranstaltungen (Platzkonzert auf dem Stephansplatz, Hin- und Rückmarsch zur Festhalle, Versammlung im großen Festhallaesal) wurden im Hinblick auf die Vorkommnisse im Karlsruher Rathaus und die dadurch entstandene Beunruhigung der Öffentlichkeit von der Polizeidirektion verboten. Aus den gleichen Gründen hat die Polizeidirektion auch eine für Mittwoch abend angekündigte Versammlung der Kommunisten mit Demonstrationsumzug, sowie eine von der gleichen Partei für Samstag in Aussicht genommene öffentliche Versammlung und weiter eine für Mittwoch abend in Durlach angekündigte nationalsozialistische Versammlung verboten.

Die neue Staatsordnung im Haushaltsauschuß

Aus dem Haushaltsauschuß des Landtags wird uns geschrieben: Einer der wichtigsten Gelegenheitsfälle, mit welchem sich der Landtag in dieser Sitzungsperiode noch zu beschäftigen hat, ist das bereits veröffentlichte Gesetz über die Staatshaushaltsordnung. Dieses Gesetz enthält Vorschriften über die Aufstellung und die Ausführung des Staatsausgabenplanes, sowie über Rechnungsführung und Rechnungsabgrenzung und hat keine grundlegenden Bestimmungen in dem § 81 der badischen Verfassung. Dadurch wird das badische Staatsgesetz vom 22. Mai 1882 aufgehoben, weil sich die neue badische Staatshaushaltsordnung im wesentlichen an die Bestimmungen der Reichshaushaltsordnung vom Jahre 1922 bzw. 1930 anlehnt.

Ein sehr ausführlicher Bericht wurde dem Haushaltsauschuß des Landtags durch Abg. Baumgartner (Str.) erstattet, wofür ihm der Vorsitzende des Haushaltsauschusses den Dank aussprach. Eine Generalausprache fand nicht statt. Die Beratung der Einzelbestimmungen gestaltete sich trotzdem eingehend, wenn auch die liberal-demokratische Opposition sich verweigert in Schweigen hüllte und der Rest nur als Horchposten anwesend war.

Bei § 34 entspann sich eine längere Aussprache über die Vermehrung der Ueberrüsse. Der Gesetzentwurf sieht vor, daß Einnahmeüberschüsse in erster Linie zur Tilgung schwebender Schulden, dann zur Verwendung des Anleihebedarfs und weiter zur Ansammlung des Betriebsfonds, Vermehrung der Einnahmen, Steuerentlastung oder verstärkter Schuldenentlastung verwendet werden sollen.

Diese Reihenfolge fand nicht den Beifall des Mittelstandsvertreters, der am liebsten die Steuerentlastung an erste Stelle gerückt hätte. Aus der Antwort des Finanzministers war zu erkennen, daß es in der Hand des Landtags liegt, in welcher Weise die weitere Ueberrückverwendung erfolgt, sobald eine solche nach dem an erster oder zweiter Stelle stehenden Zwecke möglich ist.

Ein sozialdemokratischer Redner wies den Vorwurf zurück, daß die Regierungspartei von einer Steuerentlastung nichts wissen wollen; dies sei eine Sache des Königs. Eine Steuerentlastung jedoch vorzunehmen und statt Tilgung schwebender Schulden weitere Schulden zu machen, führe zum Bankrott.

Eine weitere wichtige Bestimmung war in § 38 des Entwurfes enthalten, der den verfassungsmäßigen Schutz für die Bestimmungen des § 5 und 34 des Entwurfes verlangte. Der Berichterstatter beantragte Streichung, er wurde von einem sozialdemokratischen Redner unterfüttert, weil das Gesetz ohnehin schon die Tendenz hätte, den Einfluß des Finanzministers zu härten und der Reichsstaats eine ähnliche Bestimmung in der Reichshaushaltsordnung nicht getroffen habe. Dem Antrag des Berichterstatters stimmte die Mehrheit zu. Der ganze Gesetzentwurf wurde mit 12 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Der Bericht über weitere behandelte Fragen folgt nach. Ueber die weiteren Dispositionen der Landtagsarbeiten hat man während der Ausschüßberatung davon Kenntnis erhalten, daß schon im September der Landtag wieder zur Beratung zusammentritt, während des Sommers haben die Berichterstatter der einzelnen Abteilungen das Spargutachten durchgearbeitet.

Sonderbares Terminzusammentreffen in Heidelberg

Aus Heidelberg wird uns geschrieben: Wie aus Pressemitteilungen hervorgeht, hat die NSDAP für den 10. Juni eine für die westdeutsche Tagung ihrer Sturmabteilungslieutenants nach Heidelberg einberufen, für die sie, wie gleichzeitig berichtet wird, Adolf Hitler als Redner erwartet und an der etwa 3000 uniformierte Sturmabteilungslieutenants teilnehmen sollen, wobei für den gleichen Tag eine „Sturmabteilung der nationalsozialistischen Automobilmotoren“ nach Heidelberg geplant ist. Dieser Termin fällt just mit der Zeit zusammen, an dem der Schurman-Bau des neuen Kollegienhauses am 9. Juni in Heidelberg in Anwesenheit von Schurman und einer Reihe Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Wissenschaft feierlich eingeweiht werden soll. Das Zusammentreffen dieser beiden Termine ist höchst sonderbar, kann vielleicht jedoch auch daraus erklärt werden, daß die Nationalsozialisten auf diese Weise den „internationalen“ Spendern zur Schaffung des neuen Kollegienhauses den bei ihnen üblichen „Danke“ abtaten wollen. Ob allerdings dieses Zusammentreffen geeignet sein kann, neuen Aufbruch auf das Haupt von Alt-Heidelberg zu sammeln, über diese Frage wird die Öffentlichkeit geteilter Meinung sein — und vielleicht auch andere für das Ansehen der Stadt Heidelberg und deren Universität verantwortliche Instanzen.

Lehrer als Naziagitator

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat mit Erlass vom 7. Mai 1931 erneut Disziplinstreife gegen den Hauptlehrer und Kreisrat G. Gärtner in Freistadt angeordnet. Er wird beschuldigt, daß er trotz einer am 30. Juli 1930 wegen seines Auftretens als Verbrenner der NSDAP. erfolgten Bestrafung diese Tätigkeit wiederholt hat.

Lorenz, wo bist du?

Infolge „Krankheit“ aus der Schriftleitung ausgeschieden

Aus der Fülle des Zerlegungsmaterials aus der Hitlerbewegung der letzten Wochen ist noch ein Kommentar herausgehoben, den die Mannheimer Volksstimme zu folgender Mitteilung des Verlags des Mannheimer Saatenkreuzbanners liefert:

„Herr Dr. Gustav Lorenz ist aus der Schriftleitung des Saatenkreuzbanners infolge Krankheit ausgeschieden.“

Das ist die bescheidene und einfache Feststellung einer für die Mannheimer Saatenkreuzer höchst unangenehme Tatsache. Die letzte Nummer des Mannheimer Saatenkreuzbanners brachte unter „Parolenausgabe“ diese kurze Notiz vom Ausscheiden des geistigen Führers der hiesigen Filiale der Hitlerpartei.

Obwohl die SA keinen Parademarsch klopfte zu Ehren des scheidenden Generals und das bescheidene Winkelfläßchen, das sonst doch aus jeder Nische einen Elefanten zu machen versteht, seinem Chefredakteur keinen Abschiedsbumaus um die Verdienste des Herrn Doktors der Philosophie und Medizin veröffentlichte, fiel der Abgang dieses mit einigem innerorganisatorischem Pomp vor etwa einem Vierteljahr nach Mannheim gekochten Chefredakteurs des Saatenkreuzbanners auch einer breiteren Öffentlichkeit an.

Was mögen die Gründe für das plötzliche Ausscheiden dieser nationalsozialistischen Reuchte gewesen sein? Hat der kleine Doktor etwa aus jenem Kreis der „Stänkerer“ gehört, die in der Mannheimer Bewegung sich breit machen? War er etwa gar ein Stenograf?

Wer so fragt, ist auf dem Holzweg. Der Doktor des Saatenkreuzbanners mußte aus ganz anderen Gründen in die Wüste geschickt werden.

Wie uns aus nationalsozialistischen Kreisen berichtet wird, sind es die Befehle der Kriminalpolizei auf dem Büro und in der Wohnung

des Chefredakteurs gewesen, die zu seiner Abfertigung führten. Denn diese Kriminalpolizei erkundigte sich nicht nach dem politischen Sündenregister des Herrn Doktors, was man bei den Nazis ja erfragen kann. Ihre Nachforschungen gingen in einer ganz anderen Richtung. Es hatte sich längst herumgesprochen,

daß Doktor Gustav Lorenz einer der härtesten Verbraucher von Kofain sein soll.

Er soll das weiße Gift in ganz ansehnlichen Quantitäten genossen haben, das er sich in seiner Eigenschaft als Rediziner immer selbst verschrieb. Aber nicht nur er selbst soll dies verbotene Raufgift genossen, nein, er soll auch einigen seiner Kumpane gerne geliefert haben.

Das hätte die Herren Reinger des Dritten Reiches nun nicht gestört. Das jedoch die verdammte Kriminalpolizei den Braten zu riechen anfing, war eine höchst peinliche Ueberraschung. Der Doktor Lorenz ging flüchtig, die Partei widmete ihm unter Parolenausgabe jene an der Spitze dieser Ausführungen erscheinende Notiz.

Das ist allerdings ein klägliches Ende für einen Naziführer, der berufen war,

das Unternehmertum in der Demokratie zu bekämpfen.

Nun wird manches erklärlich, was in den letzten Wochen im Saatenkreuzbanner erschienen ist. Wenn der Chefredakteur klandin im Kofainrausch gelebt hat, muß das Blätchen ja den Höchstgrad an Besoffenheit ausgestrahlt haben.

Vielleicht hat das Saatenkreuzbanner die Güte, seinen Lesern, die so großes Interesse an Lebenslauf und Privatleben republikanischer Führer nehmen, einmal die Gründe für den Abgang des Herrn Chefredakteurs Doktor Lorenz mitzuteilen. Empfehlenswerte Ueberschrift: „Aus dem Sumpfe des Kofainismus!“

Der „zweite Mann“ kommt!

Die erfolgreiche Versammlungsoffensive der Partei

Der Parteibeirat der NSD. Niederbayern berichtet: „Trotz der wirtschaftlich miserablen Verhältnisse wurden 319 Neuaufnahmen gemacht, so daß in diesem Jahre eine Zahl von 1000 neuen Mitgliedern erreicht sein dürfte.“ — „Der Erfolg unserer Werbearbeit in der letzten Woche besteht in der Gründung von 6 neuen Ortsgruppen mit 210 Mitgliedern“ meldet der Bezirk Franken. Die Pfalz: „Die Werbearbeit geht weiter und bringt schöne Erfolge.“ — „Die Stimmung war sehr gut. Es wurden wieder 35 neue Mitglieder gewonnen“ schreibt Düsseldorf.

Die Kreuze gehen in der zweiten Aprilwoche 1312 Mitglieder; Jeky 126, Weigenfels 60, Groß-Weipzig in 3 Monaten 1288 und so fort in endloser Reihe. In 3 Monaten gemanneten allein 30 Ortsgruppen des Bezirks Pfalz 834 neue Genossen. Genosse Schaumöffel in Kaiserslautern gewann allein 100 Mitglieder.

Die Werbemasse verdrängt die Partei zuletzt der seit Jahresbeginn durchgeführten Versammlungswelle, die auch jetzt noch mit Energie weitergeführt wird. Besonders zahlreich sind die Versammlungen in Süd- und Westdeutschland. So berichtet Oberbayern von 113, Niederbayern von 178, Franken von 45, Baden von 52, Oberrhein von 49, Niederrhein von 9,

Hessen-Offenbach von 90 und Hessen-Nassau von 129 öffentlichen Kundgebungen. Auch nördlich des Mains sind gute Versammlungen zu verzeichnen. Ostliches Westfalen veranstaltete in einer Woche 80 Volksversammlungen, Halle in 3 Monaten 403, Brandenburg in 2 Wochen 168, Ostfriesland in 4 Wochen 123. Selbst die mit besonderen Schwierigkeiten kämpfenden Bezirke Ostpreußen, Pommern und Oberschlesien brachten es auf 31, 62 und 131 öffentliche Veranstaltungen. Und alles trotz der in die Reichszeit fallenden Osterwoche!

Diese Zahlen lassen nur ungenügend die ungeheure Kleinarbeit erkennen, die von jedem Mitglied geleistet werden muß, ehe Versammlungsbefehle zu erreichen sind wie beispielsweise in Kassel mit über 600 Besuchern, Löhau mit 1600, Finsterwalde mit über 1500, Wölflin (Kreis Hagen) mit 1100, Ratingen mit 1300 bei 16 000 Einwohnern, Magden (Koblenz) mit 850, Günsburg (Schwaben) mit 3000 Versammlungsteilnehmern. Aber diese zähe „Kleinarbeit“ wird geleistet, weil jeder der an dieser gewiß nicht leichten Versammlungs- und Aufklärungsarbeit Beteiligten weiß, daß durch seine unermüdbare Arbeit dem deutschen Faschismus die tiefsten Wunden geschlagen werden. Deshalb weiter an die Arbeit: Wo bleibt der zweite Mann?

Volkswirtschaft

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine im neuen Seim Nach dem Umzug des Zentralverbandes und der Verlags-gesellschaft deutscher Konsumvereine in das neue Verwaltungsgebäude

Hamburg 5, Seim Strohdamm 14.

sind alle Post- und sonstigen Sendungen an diese Adresse zu richten, sofern sie bestimmt sind für

1. den Zentralverband deutscher Konsumvereine,
2. die Schriftleitung der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ und das „Konsumgenossenschaftliche Monatsblatt“,
3. die juristische Abteilung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine,
4. die Fachberatungsstelle für Konsumgenossenschaftliche Wäckerbetriebe,
5. die Fortbildungskommission des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und die Redakteure der „Schweizerischen Konsumgenossenschaft“,
6. die „Eigenhilfe“, Feuers- und Lebensversicherungs-Vereinsgesellschaft,
7. die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine. Für diese kommen nur noch die Versicherungsabteilung, der Zeitungsdienst und die Buchhandlung in Betracht.

An obige Adresse sind auch etwaige Schriftstücke zu richten, welche für die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Pfaffen, Bach und Klerke, bestimmt sind. Alle übrigen bislang an die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine gerichteten, legt an die Großverkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine, Abteilung Drucker- und Papierwarenhandel, zu leitenden Sendungen sind wie bisher Hamburg 5, Seim Strohdamm 38, zu adressieren.

Die staatlichen bayerischen Großkraftwerke, das A.G. Waldenfeuert, Mittlere Isar und Böhmerwert, als Stromverleiher, haben im 10. Geschäftsjahr mit einem erheblich höheren Kleinverdienst abgeschlossen, als im Vorjahr. Er betrug sich zusammen auf 1 388 000 Mark, und weist damit eine Steigerung um mehr als 300 000 Mark auf. Den Hauptverdienst erzielte die mittlere Isar mit 770 000 Mark, die Wehr mit 280 000 Mark, das Böhmerwert-Werk mit 160 000 Mark, die Waldenfeuert mit 400 000 Mark, während das Waldenfeuert einen um 40 000 Mark verminderten Kleinverdienst von 211 000 Mark aufweist. Trotz erhöhter Kleinverdienste wird aber nur eine Teilbedeckung der Kosten erzielt gegenüber 5 Prozent im Vorjahr ausgeschüttet. Diese vorläufige Statistik, die in der neuen Bilanz zum Ausdruck kommt, ist auf den seit April vorigen Jahres einsetzenden Rückgang des Stromabfahrs zurückzuführen, der die besonders günstigen Verhältnisse des ersten Betriebsablaufes zum Teil wieder aufhebt. Der Stromabfahrs betrug sich um 39 Millionen Kilowattstunden auf 879 Millionen. Insofern ist als Auswirkung der allge-

meinen Wirtschaftskrise der Rückgang im Stromabfahrs größer geworden. Er beträgt rund 20 Prozent.

Die größte österreichische Bank, die Kreditanstalt für Handel und Gewerbe, ließ der Bundesregierung am Montag die Mitteilung zugehen, daß sie für das Geschäftsjahr 1930 Verluste von insgesamt 140 Millionen Schilling (84 Millionen Mark) zu verzeichnen habe. Die Verluste sind hauptsächlich auf die Fusion mit der Bodenkreditanstalt sowie auf notwendige Abschreibungen der Debitoren zurückzuführen. Der österr. Staat übernimmt nun die Intervention zur Sanierung.

Karlsruher Schlachthofmarkt. Zufuhr: 28 Ochsen, Preise: 44—48, 42 bis 44, 41—42, 39—41, 37—39, 36—37, 63 Bullen 41—42, 38—39, 37—38, 34—37, 36 Rinde a —, b 17—27, 15—17, 163 Ferkeln 45—51, 37—43, 100 Rinder a —, b 68—71, 65—68, 61—63, 49—54, 1077 Schweine: 41 bis 43, 43—45, 45—49, 47—50, 44—49, Sauen: 33—37. Beste Qualität über Notiz bezahlt. Tendenz: Bei Großvieh langsam, Ueberhand, bei Schweinen und Rindern mittelmäßig, geräumt.

Werkplionageabwehr-Erlassvorschriften werden verschärft

Wie der Börsenkurier mitteilt, haben zwischen den beteiligten Ministerien des Reiches und Preußens Besprechungen stattgefunden, die eine Neuordnung der Gesetzesmaßnahmen gegen Werkplionage zum Gegenstand hatten.

Aus der Schweiz

5. Der Fremdenpolizei lagen im Jahre 1930 die große Zahl von 3192 Einbürgerungsgesuchen vor. Hieran war Deutschland mit 859, Österreich mit 88 Gesuchen beteiligt. Im Ganzen wurden 2215 Gesuche genehmigt. — Die schweizerische Schussfabrik „Bata“ ist in Verhandlungen wegen Geländeerwerb in Rheinfelden am Rhein, wo eine große Fabrikanlage mit einem eigenen Flußlauf entstehen soll. — Der Verwaltungsrat der Schweizer Bundesbahnen hat dem Innenminister des Züricher Hauptbahnhofes zugestimmt; die Kosten betragen 6,8 Millionen Franken. — Während einer Artillerieübung bei Balaunte kam ein Bauernhof unter Schrapnellfeuer. Die Bewohner brachten sich im Keller in Sicherheit; Gebäubeschaden ist entstanden. (Es wäre interessant, wenn das Militärdepartement die Öffentlichkeit über die Ursachen des falschen Richtens Aufklärung geben würde, weil das gelaunzte falsche Schießen der Artillerie vom Kriege her noch bekannt ist. Daß es aber vorzukommen kann, beweist diese Friebsübung, bei der es gewiß nicht hart auf hart aing.)

Klugheit beweisen-
für alle Speisen:



1/2 tb 35
DIE FEINE
PREISWERT WIE KEINE



Groß-Karlsruhe



Zur Saalschlacht im Rathaus

Die Karlsruher Zeitungen verurteilen selbstverständlich die Schlägereien, wie sie am Montag anlässlich der Voranschlagsberatung vorgekommen sind. Alle bemühen sich im allgemeinen, den Vorgang objektiv zu schildern. Die Badische Presse allerdings hat sich, zu schreiben, daß ein Mitglied der Nationalsozialisten vorzeitig ist, der mit seinem Gürtelriemen mit dem metallenen Schloß auf den kommunistischen Stadtrat Böning eingeschlagen hat und das Tagblatt schreibt den Täter sogar den Kommunisten zu. Nun steht aber einwandfrei fest, daß der der nationalsozialistischen Partei angehörige Stadtrat Böning und städtische Beamte Ludwig Streit der Gürtelriemenbelt ist. Wie Augenzeugen berichten, hat er auch zuerst zugeschlagen, worauf der Kommunist Böning zum Gegenschlag ausgeholt hat.

Die Zahl der demolierten Stühle beträgt 62, also bereits die Hälfte der im Saale vorhandenen gemauerten Stühle. Auch verschiedene Bilder sind beschädigt worden. Der Sachschaden beträgt zusammen etwa 2000 Mark, für den wohl die an der Schlägerei Beteiligten aufkommen werden müssen.

Nach Mitteilungen wurde im Saale auch ein feststehendes Messer gefunden. Eine Armabanduhr, der allerdings das Gehäuse fehlt, ist ebenfalls aufgefunden worden. Auf der anderen Seite beklagen verschiedene Stadtratsmitglieder den Verlust dieses oder jenes Gegenstandes.

Der Mangel an Geist wird durch rohe Gewalt ersetzt

Der schon längere Zeit den Bürgerausschussverhandlungen anwohnt, muß konstatieren, daß sowohl vor dem Kriege, als auch während des Krieges im Karlsruher Stadtparlament oft schwere Debatten ausgetragen worden sind. Die Geister streifen öfters sehr hart aufeinander, aber es war für jeden Stadtratsmitglied wie auch Zuhörer ein Genuß, diesen scharfen, aber sachlichen und oft selbst recht hochfliegenden Debatten zuzuhören. Diese geistigen Auseinandersetzungen hatten zudem noch das eine Gute, daß die jüngere Generation auch etwas lernte im Kampfe um die Meinungen. Vor allen Dingen wurde die Persönlichkeit sowie auch die Überzeugung des Einzelnen geachtet. Kurzum, jedes Bürgerausschussmitglied bemühte sich, die Würde und das Ansehen des Bürgerausschusses zu wahren und damit aber auch den Gedanken der Selbstverwaltung der Stadt nicht zu schädigen.

Nach dem Kriege wendete sich das Blatt, als die Kommunisten in das Stadtparlament einzogen. Da fielen ebenfalls oft Worte rüdester Art und auch das Benehmen einzelner dieser Leute war derart, daß die Würde des Hauses oft verletzt wurde. Immerhin waren diese Vertreter die reinsten anständigen Leute gegenüber dem rüpelhaften Benehmen eines Teils der Nazistadtratsmitglieder und Stadtratsordneten. Unstreitbar steht die Nazifraktion in Punkte Rüpelhaftigkeit und Beschimpfung des Gegners konfuzrenzlos da. Schon nach dem Einzug der Nazi in den Stadtrat glaubte ein Nazistadtrat, daß der Ton der Gesetze auch im Stadtrat der übliche Verkehrston sei. Es kam dabei ebenfalls zu einem Zusammenstoß, dem allerdings keine Tätlichkeiten folgten. Sodann kam die erste Bürgerausschussprüfung des neugewählten Stadtparlaments und da setzte der Nazistadtrat Bierbrauer Wörz, daß er im Schimpfen und Beleidigen des Gegners seinen ausufernden Qualitäten aufweist. In der Sitzung am Montag stellte der fahrlässig bekannte Nazistadtrat Kramer wohl eine Gipfelfeststellung im Schimpfen und Beleidigen des Gegners auf. Herr Kramer hat zwar keine kommunalpolitischen Qualifikationen aufzuweisen, aber in hohem Maße, frechen Schimpfereien ist er ein hervorragender Meister, der bei jeder anderen Partei nicht hervortreten könnte, aber bei der Nazis als einer der befähigtesten Führer gilt. Mit welchen Folgen dieser Rügeleien verknüpft sind, zeigte der Montag nachmittags, der als ein schwarzer Tag in der Geschichte des Karlsruher Stadtparlaments angesehen werden muß.

Wir wollen jedoch nicht mehr des näheren auf die Saalschlacht eingehen, sondern eine andere Frage aufwerfen, die in enger Verbindung mit der Sache steht, nämlich mit der Frage:

„Der städtische Beamte als Nationalsozialist“

Kurz vor den Gemeindevahlen im November vorigen Jahres wurde im Führer gerächt, daß circa 80 Prozent der städtischen Beamten Nationalsozialisten seien. Der Artikel stammte von einem städtischen Beamten, so daß man annehmen muß, daß die Zahlenangaben wohl stimmen wird. Auch die Auffassung der Kandidatenliste der Nationalsozialisten zu den Bürgerausschusswahlen und zu den anderen Bürgerausschusswahlen beweist, daß die Behauptung im Führer wohl zutreffen dürfte. Eine ganze Reihe von städtischen Beamten, Angestellten und Arbeitern waren als Kandidaten für die Nazis aufgestellt, so daß die Hitlerpartei diejenige war, deren Kandidatenliste unter allen anderen Parteien die meisten städtischen Beamten und Angestellten als Kandidaten aufwies. Dem heutigen Bürgerausschuss gehören ebenfalls eine große Zahl von städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter als Mitglieder der nationalsozialistischen Fraktion an. Es sind dies: Stadtrat und Stadtkassendirektor Jäger; Johann Martus, städt. Arbeiter; Emil Dehler, Straßenbahnbesitzer; Julius Piisch, Automobilwerkmeister; Karl Stöffler, städt. Arbeiter; Ludwig Streit, Verwaltungsassistent.

Wie man sieht, sind es recht viele, die als Mitglieder der Nazifraktion den Voranschlag und damit ihr eigenes Gehalt und den eigenen Lohn in der Theorie ablehnen, aber in der Praxis dem Lohn bzw. das Gehalt, das ihnen die anderen Parteien bewilligt haben, gerne einstimmen. Doch diese Gehalts- und Lohnfrage spielt bei unjern Betrachtungen nur eine sekundäre Rolle. Das Primäre

ist vielmehr die Frage, ob es mit der Stellung eines städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiters vereinbar ist, einer Partei anzugehören, die durch rüpelhaftes Auftreten das Ansehen und die Würde des Bürgerausschusses herabsetzt und eine Atmosphäre geschaffen wird, aus der Schlägereien im Stadtparlament entstehen.

Wir fragen ferner, wieweit es mit der Stellung als städtischer Bediensteter vereinbar ist, Vertreter anderer Parteien zu verprügeln und mitzuheulen, städtisches Eigentum zu demolieren.

Diese Dinge haben sich am Montag ereignet und damit hat aber auch der Beamtenstand als solcher eine schwere Schädigung seines Ansehens erlitten. Das Vertrauen zu einer Beamtenschaft, die einer solchen Rügepartei angehört, die Raschmennermanieren im Karlsruher Stadtparlament und anderswo sich zu eigen macht, schwindet. Zu solchen Beamten kann kein Vertrauen vorhanden sein.

Kein Mensch ist sicher, daß, wenn ein Nicht-Nazi auf ein städtisches Büro kommt, und diese oder jene distrierte Anwesenheit zu erleben hat, daß die Nazibeamten ihrer Partei davon Mitteilung machen.

Bekanntlich sind sie sogar von Parteiwegen aufgefordert, Material gegen den politischen Gegner zu sammeln. Ist eine solche Gefahr schon beim gewöhnlichen Nazibeamtenmann vorhanden, so erst recht bei führenden Persönlichkeiten der Nazis. Man stelle bei Betrachtung dieser Frage nur einmal den Nazistadtrat Jäger in den Vordergrund und sofort erhebt sich die Frage: Kann die Bürgerschaft zu einem Beamten, der in solche Geschäfte verwickelt ist, überhaupt ein Vertrauen haben? Wir erkennen diese Frage ganz entschieden. Und unser Standpunkt ist umso gerechtfertigter, wenn es stimmt, daß im „Jägerstübchen“ so manche Besprechung des Stadtdirektors und Stadtrats Jäger mit seinen Parteifreunden stattfindet. Uns wurde diese Mitteilung von mehreren Seiten gemacht, es wird also schon etwas Wahres daran sein.

Angesichts solcher Zustände richten wir an den Oberbürgermeister die ganz konkrete Frage, was er mit dieser Beamten zu tun gedenkt. Das Vertrauen der Bürgerschaft gegenüber den Beamten und damit auch der ganzen Stadtverwaltung muß unbedingt schwinden, denn schließlich ist doch die Stadt Karlsruhe keine Brotstelle für Nazianhänger, die sich ihrer Pflicht gegenüber dem republikanischen Staat nicht nur nicht bemüht sind, sondern eine Partei unterstützen, durch deren rüpelhaftes und konklaves Auftreten die politische Verwilderung geschieht und der republikanische Staat untergraben wird.

Das Gegenbeispiel

Vor dem Kriege durfte bekanntlich ein Sozialdemokrat nicht einmal nachträglich sein, geschweize denn, daß ein Beamter sich öffentlich zur Sozialdemokratie bekennen durfte. Auch bei der Stadt Karlsruhe gab es keinen Beamten, der als Sozialdemokrat sich betätigen konnte. Und wäre es der Fall gewesen, er wäre von dem damaligen Regime mit Glanz hinausgeschoben. Wie es vor dem Kriege war, wollen wir an einem Beispiel zeigen, das uns noch in lebhafter Erinnerung ist, nämlich der „Fall Schäufele“.

Der Sozialdemokrat Schäufele in Rintheim war als Kandidat zur Bürgerausschusswahl nominiert. Soziale wurde ihm von der damaligen Eisenbahnverwaltung eröffnet, daß er nicht kandidieren dürfe, indem es mit der Stellung eines Eisenbahnarbeiters unvereinbar sei, sich als Sozialdemokrat zu betätigen. Erst auf energiegelassen Protest seitens der Sozialdemokratischen Partei wurde das Verbot zurückgenommen und Genosse Schäufele durfte in den Bürgerausschuss einziehen. Also schon die Aufstellung als Kandidat sollte man ihm verbieten. Hätte sich Genosse Schäufele aber dieser Dinge geliebt, wie sie am Montag vorkamen, er hätte wahrscheinlich nicht mehr die Hauptwerkstätte betreten dürfen.

Ein weiteres Beispiel:

In Bremen wurde ein Disziplinarverfahren gegen den Lehrer und Sozialdemokraten Sonnemann verhandelt. Sonnemann war in der sozialistischen Jugendbewegung eine führende Persönlichkeit, also Grund genug, daß man gegen ihn das Disziplinarverfahren durchführte. In dem Urteil in diesem Disziplinarverfahren heißt es:

Das Ziel der Sozialdemokratie sei darauf gerichtet, die heutige Gesellschaftsform zu beseitigen und eine neue an ihre Stelle zu setzen. Es sei klar, daß es zwar nicht unehrenhaft sei, was der Angeklagte getan habe. Für die Disziplinarhammer komme es aber darauf an, ob ein Beamtenvergehen vorliege, und ob der Angeklagte sich der Achtung würdig gezeigt habe, die sein Beruf erfordere, oder ob er die Achtung seines Standes gefährdet habe. Das sei der Fall. Wenn ein Beamter durch sein Auftreten mit dazu beitrage, daß der bürgerliche Staat in seinen Grundfesten erschüttert werde, und zwar der Staat, in dessen Dienst er stehe, der ihm sein Gehalt und sein Ruhegehalt gebe, so gefährde er die Achtung seines Standes. Das Urteil lautet dahin: Der Angeklagte wird aus dem Dienst entlassen, die Hälfte seines Ruhegehalts wird ihm auf ein Jahr ausbehalten.

So ging man damals mit einem Beamten um, der weder durch Inhalt und Form seiner rednerischen und literarischen Tätigkeit die Achtung verlor, wie sie ihm durch seinen Beruf und dem Staat schuldig war. Sonnemann hatte sich im Gegenteil von rein idealen Motiven leiten lassen. Seine ganze Tätigkeit war staatsbürgerliche Erziehung im besten Sinne des Wortes. Kein rohes Wort, geschweize rohe Gesinnung oder Handlung konnte man ihm zum Vorwurf machen. Lediglich wegen seiner sozialdemokratischen Gesinnung wurde er unter schmählicher Mißachtung seiner wohlverordneten Beamtenrechte aus seiner erfolgreichen pädagogischen Tätigkeit und aus seiner Beamtenstellung hinausgeworfen. Nun vergleiche man das Verhalten der Nazibeamten, die sich in Beleidigungen gegen den Staat und seine Repräsentanten ergehen dürfen, ohne daß ihnen ein Haar getrimmt wird, ja sogar als Stadtratsordnete an einer Schlägerei im Stadtparlament be-

teiligen. Der heutige Staat und aber auch die Gemeinden können in dieser Frage vom früheren Staate recht viel lernen. Und es ist höchst notwendig, daß dies recht bald geschieht und zur Tat geschritten wird und zwar im Interesse des Staates und der Gemeinde und nicht zuletzt im Interesse des Ansehens des Beamtenstandes.

Kommunistische Gemeinheit

Die Arbeiterzeitung bespricht die Saalschlacht im Karlsruher Rathaus nach ihrer Art, wobei es ohne gemeine Angriffe gegen die Sozialdemokratie nicht abgeht. Sie schreibt u. a.:

Die Vorgänge waren folgende: Um ähnlich wie in Mannheim den Hungerhaushalt möglichst reich durchzuführen und von ihren Schandiaten abzulenken, erließen die Nationalsozialisten, zweifellos im Einverständnis mit den übrigen bürgerlichen Parteien und der SPD, eine blutige Provokation.

Weiterhin:

Am erbärmlichsten war die Feigheit der Sozialdemokraten à la Dörmann, die die Beschimpfung der Arbeiter ruhig mit hinnehmen und so bewiesen, daß sie bei der Provokation zum mindesten stille Teilhaber sind. Diese Burischen haben ihre „Schufo“ nur auf Antifaschisten gebrüllt.

Eine größere Gemeinheit, als wie sie hier in der Arbeiterzeitung geleistet wird, können nicht einmal die Nazi vollbringen. Und derlei Leute, die sich solche Schuftigkeiten gegen die Sozialdemokratie erlauben, erhoffen von der letzteren noch Hilfe. Man müßte wahrhaftig komplett verrückt sein und auch nicht einen Funken von Ehre in sich haben, wenn man den Wunsch der Nazis erfüllen würde. Von ihnen lassen wir uns nicht vorführen, ob wir mit den Nazis Krach anfangen wollen oder nicht, denn wir sind auch auf diesem Gebiete maßvoll. Wer uns das ganze Jahr hindurch aufs gemeinste beschimpft, wie es die Nazis tun, der hat keine Solidarität zu erwarten. Was die Paragente in Mannheim über eine angebliche Abmachung zwischen Nazis, sowie bürgerlichen Parteien und Sozialdemokraten zusammenschickte, ist eine freche Lüge, die durch den Gang der Verhandlungen am Montag am besten widerlegt ist.

Am übrigen: Als es in der letzten Bürgerausschussprüfung zwischen einem sozialdemokratischen Stadtratsordneten und dem Nazistadtrat Wörz beinahe zu einer Schlägerei gekommen war, da blieben die Nazis ebenfalls sitzen, ja Herr Böning meinte sogar einem seiner Parteigenossen gegenüber: „Laß sie doch machen!“

Man vergleiche unsere objektive Darstellung der Dinge in der gestrigen Nummer des Volksfreund mit den gemeinen Verdächtigungen und Beschimpfungen in der Arbeiterzeitung und man wird ohne weiteres zu der Auffassung kommen, daß Nazis und Nazis dieselbe keine Gesellschaft sind.

Anträge der sozialdemokratischen Bürgerausschussfraktion

Zu den Voranschlagsberatungen hat die sozialdemokratische Bürgerausschussfraktion eine Reihe von Anträgen gestellt, die aber infolge der bekannten Vorgänge nicht zur Abstimmung gelangen konnten. Nichtsdestoweniger wird die sozialdemokratische Stadtratsfraktion es sich angelegen sein lassen, im Stadtrat diese Anträge zu vertreten. Die Anträge lauten:

Schulen

Die sozialdemokratische Bürgerausschussfraktion ersucht den Stadtrat, umgehend die Vorarbeiten zur Erstellung eines Volksschulgebäudes im Westen der Stadt aufzunehmen und dem Bürgerausschuss in Bälde die entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Notstandsarbeiten

Die sozialdemokratische Fraktion beantragt, der Stadtrat möge die seit längerer Zeit ausgearbeiteten Pläne für Notstandsarbeiten in Bälde dem Bürgerausschuss zur Beschlußfassung unterbreiten. Sie acht hierbei von der Voraussetzung aus, daß Arbeitsbeschaffung an Stelle von Fürsorge die geeigneten Maßnahmen zur Behebung der heutigen wirtschaftlichen Notlage des Einzelnen und der Gesamtheit sind.

Kanalisation in den Vororten

Die sozialdemokratische Fraktion beantragt, daß in den Vororten und Siedlungen, die Kanalisation und die Herstellung der Gehwege schnellstens durchgeführt wird.

Herabsetzung der Kanalgebühren in den Vororten

Die sozialdemokratische Fraktion beantragt, daß die Kanalgebühren für die Vororte und Siedlungen herabgesetzt werden. Als Norm des Kostenbezugs soll der Steuerwert der Grundstücke maßgebend sein.

Keine Eintrittspreise im Strandbad Rappenwört während der Wintermonate

Die sozialdemokratische Fraktion beantragt, daß im Strandbad Rappenwört vom 1. Oktober bis 31. März (also in den Wintermonaten) kein Eintrittsgeld erhoben wird.

Zur Südstadt-Werbe-Woche

Nach endgültiger Festlegung findet nun heute Mittwoch, den 13. Mai 1931, auf dem Werberplatz mittags von 12 Uhr ab die Rundfunkübertragung durch den Südfunk statt. Einer einleitenden Reportage durch Herrn Dir. Blum wird anschließend eine Übertragung des Blasorchester folgen, das von der Badischen Volkstheaterkapelle ausgeführt wird.

Abends halb 8 Uhr findet ein Promenadenkonzert statt, (Ausführende: Die bekannte Musik- und Feuerwehrrakelle Karlsruhe-Daxlanden unter Leitung von Herrn Weber), wozu hiermit nachmals Alles freundlichst eingeladen wird.

Am Donnerstag, den 14. Mai (Christi Himmelfahrt) wird um halb 12 Uhr mittags die Karlsruher Schützenkapelle (Dirigent Herr Deuber) ein Werkkonzert veranstalten.

Für den am Samstag, 16. Mai, in der Glassalle des Stadgartensrestaurants stattfindenden Ausklang der Südstadt-Werbe-Woche sind jetzt schon für Mitglieder und Gäste in den bekannten Geschäften Volkshaus, Weber, Wipfler, zu haben.

Erste BÜRGER Zeitung 10, 12 und 15 Pf. **Jahresproduktion 80 Millionen Stück**

Trotz Zollerhöhung unveränderte Qualität bei wenig verringerter Größe

Letzte Nachrichten

Gemeiner Ueberfall in Frankfurt

Frankfurt a. M., 13. Mai. (Funkdienst.) Auf dem Frankfurter Hauptbahnhof wurde der Redakteur der Volksstimme, Quini, von zwei Nationalsozialisten überfallen und zu Boden geschlagen. Einer der Täter, der jetzt festgenommen wurde und geständig ist, gehörte früher der KPD an, ist als Zuhälter bekannt, wiederholt vorbestraft und treibt sich seit mehreren Jahren in Frankfurt mit verschiedenen Namen und als Inhaber verschiedener Wohnungen herum.

Amerika part an Garnisonen

Washington, 13. Mai. (Funkdienst.) Präsident Hoover erklärte vor Pressevertretern, daß die amerikanische Regierung entschlossen sei, in nächster Zeit 20-30 Garnisonen aufzulösen und die dadurch freierwerbenden militärischen Gebäude öffentlichen Zwecken nutzbar zu machen. Dieser Entschluß ist mit auf die amerikanische Wirtschaftskrise zurückzuführen.

Abrüstungsdebatte in Belgien

Brüssel, 12. Mai. (Via. Draht.) In der Kammer kam es am Dienstag während der Debatte über den Wehretat zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Sozialistenführer Vandervelde und dem Ministerpräsidenten Jaspar. Vandervelde führte aus, die Sozialisten seien nicht für einseitige Abrüstung, aber Belgien habe die Pflicht, seine Rüstungen auf das äußerste Mindestmaß herabzusetzen. Alle Kriegsausrüstung sei gewiß noch nicht beseitigt. Aber selbst im Falle eines Anaristkrieges von Seiten eines nationalstaatlichen Deutschlands wäre es im höchsten Maße unwahrscheinlich, daß dieser Anarist sich auf die Westfront und insbesondere gegen Belgien vollziehen würde, da durch die Locarnoverträge die Hilfe Englands sicher wäre, sondern an die Ostfront gegen Polen und in diesem Falle hätte Belgien nur innerhalb der Grenze seiner im Völkerrecht eingegangenen Verpflichtungen an der Bekämpfung dieses Anaristes teilzunehmen, zu erfüllen. Angesichts dieser Konstellation sei es nicht zu verantworten, daß Belgien hunderte von Millionen für neue Festungsbauten und sonstige Kriegsrüstungen ausgeben, zumal die finanzielle Lage des Landes immer ernster werde. Welches moralische Ansehen könnten die belgischen Delegierten bei einer solchen Politik bei der bevorstehenden Genfer Abrüstungskonferenz gewinnen. Sie dürften hunderte von Millionen für Kriegsausrüstung und schwere Artillerie ausgeben, alles Waffen, die Deutschland durch den Versailler Vertrag unterlagert seien. Dieser Vertrag, der Deutschland entwaffnete, verpflichtete auch Belgien zur Abrüstung. Er, Vandervelde, bekämpfe die einseitigen Abrüstungen eines kleinen Landes, wie Belgien, aber auch die einseitige Entwaffnung eines großen Landes, wie Deutschland.

In seiner Antwort, die von sozialistischer Seite häufig durch Zwischenrufe unterbrochen wurde, vertrat Jaspar den Standpunkt, daß die belgischen Rüstungen einen rein defensiven Charakter trügen und notwendig seien, weil man kein absolutes Vertrauen zur einseitigen Abrüstung der internationalen Verträge und Kriegsrüstungen haben könne; da dürfe die Weltfrage keine Rolle spielen. Hier unterbrach Vandervelde den Ministerpräsidenten, indem er eine Entschlebung der Genfer Abrüstungskonferenz verlas, die alle Länder zur Herabsetzung der Rüstungsausgaben, insbesondere auch für Wehrrüstungen auffordert. Darauf gab Jaspar die schwache Antwort, daß die Vorschläge der Regierung zu dieser Entschlebung nicht in Widerspruch stünden.

Gewerkschaftliches

Arbeiterentlassungen beim Reichsbahnausbesserungswerk Schwezingen

23. Schwezingen, 12. Mai. Das Ausbesserungswerk Schwezingen, das nach dem Kriege eine Belegschaft von 1100 Mann zählte, hat seine Arbeiterzahl jetzt um weitere 110 Mann vermindert, so daß die Belegschaften nur noch 410 Köpfe beträgt. Die zur Entlassung gekommenen Arbeiter wurden als Zeitarbeiter verschiedenen Bahnmehreien der Umgegend zugeteilt. Man muß damit rechnen, daß sie im Herbst nicht mehr in das RAW eingestellt werden. — Bei den Betriebsratswahlen in RAW, erhielten die komm. Gewerkschaftsopposition zwei, der Einheitsverband deutscher Eisenbahnerverband fünf Sitze, während die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (christliche Gewerkschaft) leer ausging.

Kuhverhandlungen endgültig gescheitert

23. Berlin, 13. Mai. (Via. Media.) Die Kuhverhandlungen über den Abmentarialisierungsanspruch für den Kuhberuf, die am Dienstag im Reichsarbeitsministerium stattfanden, sind nun endgültig gescheitert. Die endgültige Entscheidung liegt nunmehr beim Reichsarbeitsminister.

Betriebsratswahlen bei der Reichsbahn

Ueber die Betriebsratswahlen in dem Reichsbahndirektionsbezirk Breslau liegt bereits ein Ergebnis vor, aus dem hervorgeht, daß auch bei der Reichsbahn trotz der Schamacherpolitik der Reichsbahndirektion die Arbeiter die Position des Einheitsverbandes nicht zu ergreifen vorzuziehen. Es erhielten im Breslauer Bezirk bei 212 von insgesamt 285 Wahlstellen der Einheitsverband 814 Stimmen, GDA 1930, AEB, 1215, RGD, 2489 und Nazis 350 Stimmen. Wichtige sind bereits sämtliche Ausbesserungswerke des Betriebsbezirks III, in denen die Hochburgen der Gewerkschaften liegen. Bei den erfassten Stellen erhielten im Vorjahr der Einheitsverband 10.271, der AEB, 1304, GDE, 1767 und RGD, 2365.

Der AEB ist es trotz Einleitung ihrer ganzen Presse und ihres gesamten Parteiapparats nirgends gelungen, nennenswert Fuß zu fassen. Ebenso erfreulich ist der Mäßigkeit der Nazis, die mit einer eigenen Liste aufgetreten sind.

Dann früher in's Bett!

Der Zentralverband der Angestellten weist auf eine unter der Rubrik „Sozialpolitische Umschau“ in der „Deutschen Arbeiterzeitung“ in der Nr. 12 1931 mit „Sehr einfach“ überschriebene Notiz hin. Sie lautet:

„Nach einem Pressebericht hat sich ein Sendling des AEB, in einem Vortrag über Berufskrankheiten vor Betriebsräten u. a. dahin geäußert: „Ein Kennzeichen für sich bilden die Berufskrankheiten, die durch die Rationalisierung entstehen. Wenn heute von Unternehmern und Arbeitswissenschaftlern behauptet wird, daß die Rationalisierung gesundheitsförderliche Folgen habe, so ist das eine grobe Fälschung der Wirklichkeit. Die Nachtruhe reicht bei den am laufenden Band Beschäftigten bei weitem nicht aus, um die tagsüber verbrauchten Arbeitskräfte voll wieder herzustellen.“ Dann sollen sie eben früher zu Bett gehen! Nur keine Schwierigkeiten machen, wo keine sind.“

Diese Selbstentbillung illustriert besser als lange Artikel, was man von dem so oft sittlichen, sozialen Verantwortungsbewußtsein der Unternehmer zu halten hat.

Der jüngste Lehrling in Laden und Büro

Wenn ein Kind die Schule verläßt und einen Beruf erwählt hat, dann ist es sich nicht immer der Bedeutung dieses Voranges bewußt. Wir bezeichnen den Wechsel „Eintritt ins Leben“ und wollen damit gleichzeitig sagen, daß nunmehr die berufliche Vorbereitung beginnt. Eltern, Lehrherr und Berufsschule sollen dem jungen Menschen zur Seite stehen und ihm helfen. Die Lehrzeit ist jetzt noch ein neuer Platz für den kaufmännischen Lehrling und das Lehrlingsmädchen hinzukommen, an dem die Mäßigkeit gegeben ist, das Allgemein- und Berufswissen zu fördern und zu vertiefen. Dieser Platz ist die Jugendgruppe des AEB. Neben Vorträgen über den Beruf, die Zusammenhänge in der Wirtschaft, beruflichen Kursen, Wanderungen und Unterhaltungsabenden kann sich der Lernende an der Arbeit der Lehrlingsfirmen beteiligen. Diese

Lehrlingsfirmen bestehen in allen größeren und kleineren Orten. In diesem Kreis lernt der Lehrling alle Geschäftsvorfälle bis ins einzelne kennen. Darauf kommt es an. Es ist sehr ratsam, wenn alle Eltern ihre Kinder, sofern sie im kaufmännischen Beruf tätig sind, in die Veranstaltungen der Jugendgruppen des Zentralverbandes der Angestellten schicken. Besondere Eintrittsgelder werden nicht erhoben. Nähere Auskunft erteilt neben den örtlichen Leitungen die Reichsjugendleitung des Zentralverbandes der Angestellten, Berlin SO, 36, Dranienstraße 40/41.

Kleine bad. Chronik

Großfeuer in Buchheim — Wohn- und Defonomiegebäude eingeebnet

23. Buchheim, 12. Mai. Heute nachmittags kurz nach 2 Uhr brach in dem Wohn- und Defonomiegebäude des Gemeindeführers Busch und der Witwe Germert aus noch unbekannter Ursache Feuer aus, das sehr rasch um sich griff und das Anwesen in Asche legte. Die Feuerwehren von Holzhausen, Sulzthalen und Neuenhausen sowie der zweite Rettungszug der Freiburger Feuerwehr, der um 2.30 Uhr am Brandplatz erschien, bekämpfte wirksam die weitere Ausbreitung des Großfeuers. Die Gebäulichkeiten sind zum größten Teil verbrannt. Die Schadenshöhe ist noch nicht festgestellt.

Mannheim. Montag vormittags kurz nach 10 Uhr fuhren in Seidenheim zwei Motorräder gegenüber dem Schloßchen in voller Fahrt aufeinander. Alle vier Personen, drei Herren und eine Dame, wurden abgeschleudert. Drei davon, darunter die Dame, blieben bewusstlos und blutend auf der Straße liegen. Sie wurden in das Allgemeine Krankenhaus überführt. Der von Heidelberg kommende Fahrer war beim Nehmen der Kurve zu weit nach links abgelenkt und so mit dem entgegenfahrenden Motorrad zusammengeprallt.

Wilmann. Montag abend wurde auf der Messe ein Schiffschaukel fahrender Knabe von einer kleinen Kugel in das linke Bein, direkt unterhalb des Knies getroffen. Das Geschöß wurde im Krankenhaus entfernt, da es glücklicherweise ziemlich an der Oberfläche lag. Man vermutet, daß die Kugel von einem unvorsichtigen Schützen einer in der Nähe befindlichen Schießbude kam.

Vorläufige Wettervorhersage

der Badischen Landeswetterwarte

Die Wetterlage hat sich für uns nicht wesentlich geändert. Wetterausichten für Donnerstag, den 14. Mai: Nordauer des bestehenden Witterungscharakters. Vorübergehend leichte Bewölkung.

Wasserstand des Rheins

Basel 120; Waldsbut 314; Schusterinsel 185, gef. 5; Rehl 321, gef. 1; Maxau 510, gef. 4; Mannheim 458, gef. 15 Zentimeter.

Tageskalender

der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Hauptversammlung

Mittwoch, 20. Mai, abends 8 Uhr, im „Elefant“, Kaiserstraße, wird Genosse Stadtrat Töpfer über die Vorgänge bei der Voranschlagsberatung auf dem Karlsruher Rathaus und über den angenommenen Voranschlag referieren. Die für die Bezirke getroffenen Vorarbeiten sind zurücksustellen. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Bezirk Mühlburg

Samstag, 16. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal „Zum Birch“ Bezirksversammlung mit Vortrag des Genossen B. Koch: „Die politische und ökonomische Lage der Arbeiterklasse.“ Volksfreundleser sind zu dieser Versammlung ebenfalls eingeladen.

Freier Hausfrauenbund

Unsere Zusammenkunft fällt wegen des Feiertages aus. Weitere Mitteilungen erfolgen durch Rundschreiben.

Reisekarte.
Naturfreunde: Simmelfahrtstag: Diebened—Steinweg—Monbach.
Abf. 6.26 Uhr Sonntagkarte Pforzheim. 3968



MALBI gibt
Ausdauer und Kraft

Bierbrauerei Rob. Leicht Vaihingen a. d. F. - Stuttgart
— Wiederverkäufer gesucht —

Tomaten-Setzlinge
zweimal pikiert, kräftige Pflanzen mit Topfballen
empfehlenswert 3965

Christian Riemp's Gärtnerei
Rinthe mer 1 traße 30 Telefon 2984

1930 er
Ruppertsberger
Rotwein
sowie 1930 er Pfälzer
Weiß-Wein
in vorzüglicher Qualität ab
Faß in meinen Filialen

Liter **70** Pfg.
BUCHERER
5 Prozent Rabatt

Wegen Auflösung unseres Lagers
in der Steinstraße geben wir die dort befindlichen
W B e i
zu jedem annehmbaren Preis ab, darunter
folgende neue Möbel: einzelne Wohnzimmerschreibtische, eichene Kredenzen, Eische, Lederstühle,
Küchenschreibtische, Küchentreben, ein Herren-
zimmer in eichen, polierte Nachtische, Bett-
stellen, Zirkelgeleiderstühle, außerdem ge-
brauchte Möbel wie: Büchertisch, Schreibtisch,
Stühle, Schreibröhre, Wohnzimmerschreibtisch, Bett-
stühle, Chaiselongue, einzelne Bettstellen. Bitte
wenden Sie sich schnellstens an

Erich Rudolf
Karlsruhe, Sammlerstraße 3, Telefon 1216.

Mietervereinigung Karlsruhe (e. V.)
Geschäftsstelle (nur briefl.) Bammelestr. 22, 8b 11
Sprechstunden jeden Montag u. Freitag im „Kaffee-
Nowack“, jeden Mittwoch „Unter den Linden“
Ecke Yorkstr. u. Kaiserallee jeweils v. 6-7 1/2 Uhr.

TOD
allem Ungelesener durch
Anton Springer
Ettlinger Str. 61. Tel.
2340

Sind wird in gute
Pflege genommen, eilt
dann auch die Welt dah.
wohnen Angebot unt.
Nr. 3959 a. d. Volksfr.

Ehrlich, fleißiges Mäd-
chen, 30 Jahre, sucht
Stellung hier oder aus-
wärts. Zu erfragen bei
2340, Luftstr. 61. IV.

Notverkauf
Brandsteine!
Neue Bettwäsche
6 Parade-Bettüge,
6 Parade-Kissen,
6 glatte Kissen,
6 Bettlädler, 2,50 lang,
zusammen 4 Spettpreis
von 90.4 bar zu bez.
Nulch. unter Nr 3960
an den Volksfreund.

Küche.
Es war uns möglich
eine gebrauchte Küche
gegen eine neue als
Anzahlung in Kauf zu
nehmen. Dieses be-
steht aus: 1 Rofest,
1 Credenz, 1 Tisch,
2 Stühle. Preis nur 40,-

mobelhaus
Carl Baum & Co.
Erbprinzenstr. 30
Kein Laden.

Sinderwagen zu ver-
kaufen Preis 15 A.
Zurloch, Reichens-
straße 3, part. 3969

Knabenrad billig zu
vertan.
Zollstr. 61, V. Et. 3968



Unsere Riesenauswahl, unsere billigen Preise werden Sie angenehm überraschen

39.50 Sommer-Complet
bedr. Marocain mit sparter
weißer Bluse, sehr moderne
und schicke Form

27.50 Sommer-Kleid
schottisch bedruckter Maro-
cain, die neue sehr aparte
Kasackform

Besser gekleidet für weniger Geld

Sandauer
Das große Spezialhaus für Damen-Moden

